

brücke

**Schluss
mit dem Arbeitsfrieden**



**Für eine kämpferische Antwort
auf den Angriff der Unternehmer!**

Vorwort

Inflationsraten von über 10%, Entlassungen, Ankündigung und bereits Durchführung von Lohnstop, all diese Probleme treffen heute den Arbeiter verstärkt! Da die heutigen schweizerischen Gewerkschaften und vor allem der SMUV keine oder nur ungenügende Antworten auf diese Probleme geben, sind sie für einen breiten Kreis von Arbeitern keine brauchbaren Instrumente mehr. Man sieht sich trotz allen Problemen zur Passivität verurteilt, sei es in oder ausserhalb der Gewerkschaften.

Wir wollen mit dieser Broschüre denjenigen, die trotz dem Ungenügen, ja dem Verrat der heutigen Gewerkschaften, den Weg für eine kollektive, gemeinsame Antwort der Arbeiter auf den Unternehmerangriff aufnehmen oder weitergehen wollen, einige Hinweise geben.

Sie soll kein Kochbuchrezept für die Erneuerung der Gewerkschaften liefern, aber die Diskussion, die sich heute unter einem aktiven Kern von in- und ausländischen Metallarbeitern entspannt, bereichern und einige Fragen klären. Sie besteht vor allem aus den Erfahrungen, die Arbeiter oder Arbeitergruppen in den letzten Jahren gemacht haben. Wir sind deshalb dankbar, wenn wir von den Lesern weitere Hinweise für die Entwicklung einer kämpferischen Antwort auf den Unternehmerangriff erhalten!

Juni 1974

RML

1. Die Früchte des Arbeitsfriedens werden sauer

Nachdem die Frankenabwertung von 1936 einerseits die Lebenskosten hochtrieb, andererseits der Exportindustrie einen Aufschwung brachte, da begannen die Metallarbeiter eine breite Bewegung, um ihre Krisenlöhne endlich wieder aufzubessern. 60 Lohnforderungen waren im Frühsommer 1937 hängig, in Winterthur rüstete man sich zum Streik. Ausgerechnet in diesem Moment erklärte der Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes Konrad Ilg den völlig überraschten Arbeitern, er habe soeben mit dem Unternehmerverband ein Friedensabkommen abgeschlossen, mit Streiken sei es vorbei.

Gegen das blosse Versprechen der Unternehmer, künftig alle Auseinandersetzungen "auf Treu und Glauben" und notfalls durch angeblich "neutrale" Schiedsgerichte zu regeln, verzichtete der SMUV im Friedensabkommen vom 19. Juli 1937 auf alle Kampfmassnahmen. Zudem verzichtete er darin ausdrücklich auf die kollektive Festsetzung der Löhne, die dem individuellen Arbeitsvertrag vorbehalten blieben. Das war offener Verrat am Grundsatz jeder Gewerkschaft, denn der wesentliche, wenn auch nicht einzige Sinn des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses besteht ja gerade darin, die wirtschaftliche Unterlegenheit der Arbeiter gegenüber den Unternehmern durch die kollektive, gemeinsame Festsetzung der Löhne teilweise wettzumachen und die Konkurrenz der Arbeiter um die Arbeitsplätze ausschalten. Konrad Ilg, dem das Bürgertum für seine Tat später den Ehrendoktor verlieh, gab in der Folge auch offen zu, dass der SMUV durch den Abschluss des Abkommens die Möglichkeiten zur Werbung von Mitgliedern verschlechtert habe! Als "Gegenleistung" verzichteten im Abkommen die Unternehmer ihrerseits auf Kampfmassnahmen; das kostete sie gar nichts, denn wenn die Arbeiter nicht kämpfen, haben es die Unternehmer auch nicht nötig, zur Aussperrung zu greifen, da sie im Fall schlechten Geschäftsganges das Recht zur Entlassung von Arbeitern sowieso haben.

Das mit der Bedrohung der Schweiz durch Hitlerdeutschland "gerechtfertigte" Abkommen wurde in der Folge auch nach dem Krieg immer wieder auf 5 Jahre verlängert, nachdem Hitler längst besiegt war. Es schien sich eine zeitlang zu bewähren. Einerseits ging es den schweizerischen Arbeitern auf lange Jahre hinaus im Vergleich zu ihren Kollegen in den kriegszerstörten Nachbarstaaten relativ gut. Andererseits spielten die Unternehmer das Spiel der SMUV-Führung geschickt mit: im Gegensatz etwa zu den Unternehmern in den umliegenden Staaten, die nur unter Druck Konzessionen machten, "gaben" die schweizerischen Unternehmer fast alljährlich "freiwillig" irgendwelche kleine Verbesserungen wie Lohnerhöhungen, einen bezahlten Feiertag mehr, etwas mehr Ferien, etwas mehr Lohnersatz bei Militärdienst oder Krankheit, usw. All dies

war aber nur scheinbar ein Erfolg der "Friedenspolitik". In Wirklichkeit zwang der Mangel an Arbeitskräften die Unternehmer zu Verbesserungen und es kamen zahlreiche Fälle vor, wo Geschäftsleitungen bei Lohnforderungen den Betriebskommissionen sogar mehr Erhöhung "gewährten" als gefordert war! Auch die vertragliche Arbeitszeitverkürzung auf 44,5 Stunden geschah nur unter dem Druck der Volksinitiative für die 44-Stundenwoche und nicht wegen dem "Verhandlungsgeschick" der SMUV-Führung.

In Wirklichkeit bremste das Friedensabkommen die Fortschritte der Metallarbeiter im Vergleich zu dem, was eine Kampfpolitik erreicht hätte.

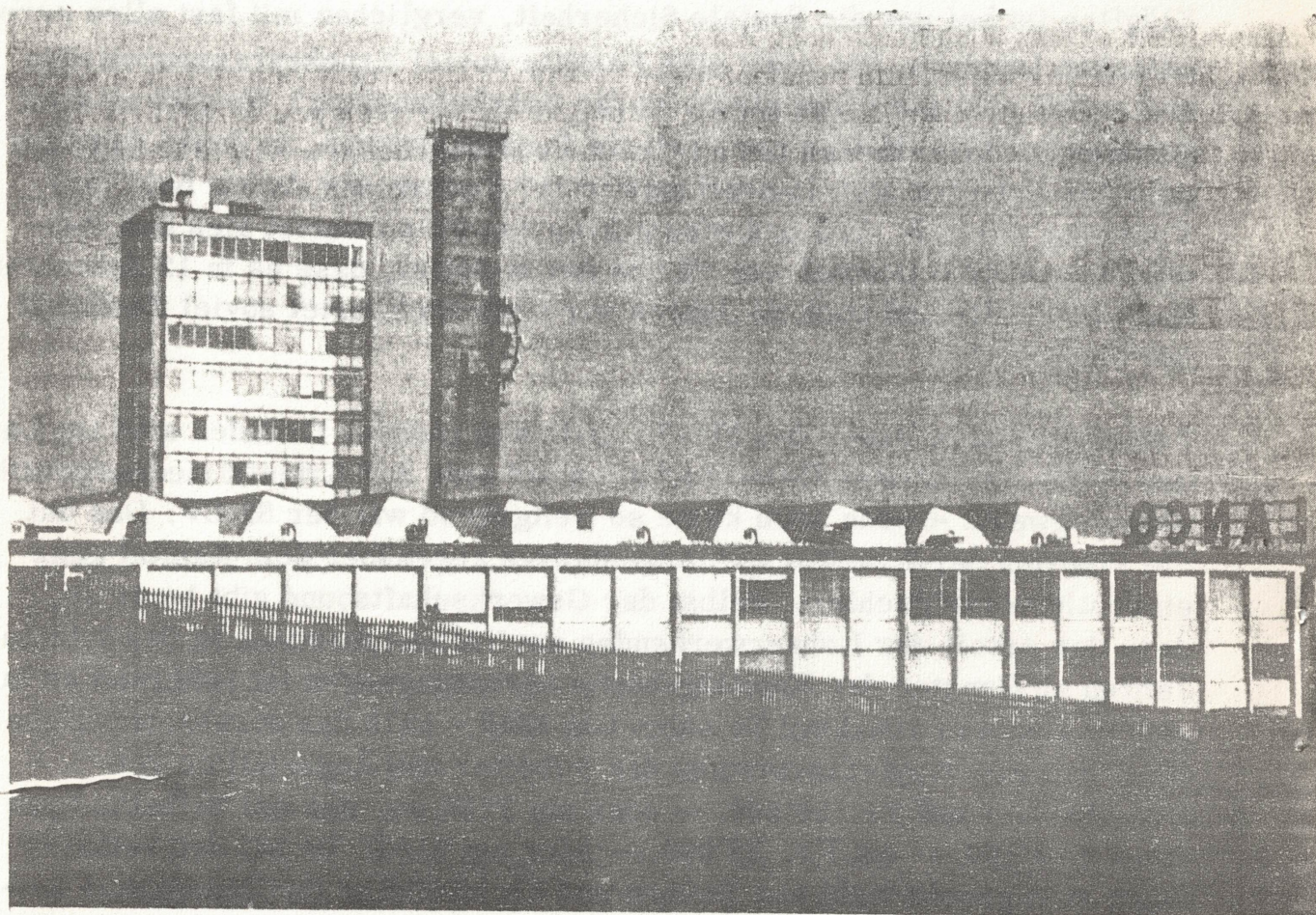
Blicken wir über die Grenze, so haben die Metallarbeiter in der Bundesrepublik - vor 10 Jahren noch weit zurück - uns heute lohnmassig überholt und haben die 40-Stundenwoche. In den USA, Kanada, Schweden und Dänemark sind die Metallarbeiter und die Arbeiter erst recht noch viel weiter in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit.

Klänglich ist bei uns die Soziale Sicherheit, verglichen mit fast allen europäischen Ländern. Wo zahlt eine Familie soviel Krankenkassenbeiträge und erhält erst noch fast nichts an die Zahnbehandlung? Wo gibt es statt genügender AHV-Renten noch private Pensionskassen, in denen das Spargeld der Arbeiter sich laufend entwertet? Denken wir daran: bei einer Teuerung von z. B. 11% und einem Zins von 5% entwertet sich das Pensionskassengeld jährlich um 6% und das bedeutet, dass es in 12 Jahren nur noch die Hälfte und nach 24 Jahren nur noch ein Viertel soviel Kaufkraft hat wie heute!

Teils unter dem Druck des SMUV, teils aus anderen Gründen sind im Lauf der Jahre die meisten Gewerkschaften auf eine Art Arbeitsfriedenspolitik eingeschwenkt - wenn auch keine so weitgehend wie der SMUV. Das hat die Position der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Kapital ganz eindeutig verschlechtert. Selbst der Gewerkschaftsbund gibt heute zu, dass der Anteil der Lohnerwerbenden am Volkseinkommen in den letzten Jahren zu Gunsten der Kapitalgewinne zurückgegangen ist (während er in andern Ländern zunahm)! So nahm von 1950 - 1970 das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter und Angestellten von Fr. 6'000.-- auf Fr. 16'500.-- oder um 175% zu, das der Selbständigen von Fr. 9'100.-- auf Fr. 38'000.-- oder um 318%! Da bei den Selbständigen eine grosse Zahl von Bauern und Kleinhändler ihr Einkommen keineswegs in diesem Ausmass erhöhen konnten, muss die Erhöhung bei den kapitalistischen Unternehmen in dieser Kategorie noch viel grösser gewesen sein.

Doch das ist nicht alles: indem das Friedensabkommen die Festsetzung der Löhne der Willkür der Unternehmer überliess, öffnete es die Tür sperrangelweit für die ständige Verschärfung der Akkordhetze und für die Einführung von neuen individuellen Lohnsystemen, welche die Leistung bis zur Erschöpfung vorantreiben und die Arbeiter aufteilen, indem bald jeder einen verschiedenen Lohn nach Hause bringt (und jeder nach dem Lohn des Nebenarbeiters schießt statt nach den Riesenprofiten der Unternehmer). "Akkord ist Mord", sagten die Gewerkschaften früher - ist die heutige Arbeitshetze gesundheitsfördernd?

Jahrzehntelang hat man uns erzählt, die Friedenspolitik sichere uns Lohn und Arbeitsplatz. Auch das ist nicht wahr.



1965, zu verkaufen: Fabrik und 1400 Arbeiter

Heute ist der Kapitalismus weltweit in Schwierigkeiten geraten. Währungs-
krisen und Inflation sind nur die Erscheinungen einer tieferen allgemeinen
Krise des kapitalistischen Systems. Die Konkurrenz verschärft sich, die
Unternehmer können nicht mehr jeden Preis auf dem Weltmarkt erzielen.
Seit rund zwei Jahren haben sie daher bereits damit begonnen, die Kosten
ihrer Halsabschneiderkonkurrenz auf die Arbeiter abzuwälzen, obwohl sie
noch über riesige Reserven verfügen. Schon hat es Betriebsschliessungen
und Rationalisierungsentlassungen gegeben. In der Uhrenindustrie, die
nach wie vor hohe Gewinne macht, ist seit Jahren der zugesicherte volle
Teuerungsausgleich verweigert worden! Dieses Jahr weigern sich die
Unternehmer in vielen Betrieben der Maschinenindustrie, auch nur die
Teuerung voll auszugleichen, (dazu gehört auch ein Ausgleich für die
inflationbedingte "kalte" Steuerprogression!) - und dies obwohl letztes
Jahr die reale Produktivität pro Arbeiter um mindestens 5% gestiegen ist!
Bezeichnenderweise weigern sich die organisierten Unternehmer auch,
bei der diesjährigen Verlängerung des Friedensabkommens ein Zusatzab-
kommen zu schliessen, das den automatischen Teuerungsausgleich für die
Arbeitenden sichern würde! Was da gespielt wird, ist klar. Der Reallohn
wird gesenkt, während die Unternehmer zum Teil die Profite sogar erhöhen
und noch mehr erhöhen werden, wenn wir die Lohnsenkung hinnehmen!

So darf es nicht weitergehen, wir wollen nicht die Prügelknaben der Infla-
tion und der verschärften Konkurrenz sein, während die Inflation gleich-
zeitig den Oberen die Taschen füllt.

2. Warum gibt der SMUV keine Antwort auf die heutigen Probleme der Arbeiter?

Ein solches Verlangen ist nicht nur ein Verlangen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern ein Verlangen nach einer Verbesserung der gesamten Lebensbedingungen der Arbeiter. In der Wirtschaftspolitik ist die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein zentraler Bestandteil. Die Arbeiter sind nicht nur die Schöpfer des Wohlstands, sondern auch die Träger der Verantwortung für die Zukunft der Nation. Die Arbeiter sind die Basis der Demokratie und die Grundlage der sozialen Gerechtigkeit. Die Arbeiter sind die Kraft, die die Wirtschaft vorwärts treibt und die Gesellschaft zusammenhält. Die Arbeiter sind die Seele der Nation und die Stütze der Demokratie. Die Arbeiter sind die Kraft, die die Wirtschaft vorwärts treibt und die Gesellschaft zusammenhält. Die Arbeiter sind die Seele der Nation und die Stütze der Demokratie.

Die Rückkehr auf unsere schweizerische Industrie ist ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Arbeiter sind nicht nur die Schöpfer des Wohlstands, sondern auch die Träger der Verantwortung für die Zukunft der Nation. Die Arbeiter sind die Basis der Demokratie und die Grundlage der sozialen Gerechtigkeit. Die Arbeiter sind die Kraft, die die Wirtschaft vorwärts treibt und die Gesellschaft zusammenhält. Die Arbeiter sind die Seele der Nation und die Stütze der Demokratie. Die Arbeiter sind die Kraft, die die Wirtschaft vorwärts treibt und die Gesellschaft zusammenhält. Die Arbeiter sind die Seele der Nation und die Stütze der Demokratie.

DER "GERECHTE" LOHN

Seit eh und je erklärt die Spitze des SMUV seiner Basis, dass es darum gehe, den "gerechten" Lohn zu erkämpfen, den Lohn, der in dem Masse wachse, wie der Produktivitätszuwachs fortschreite. In der Praxis läuft diese Theorie darauf hinaus, dass die Herren Unternehmer immer grössere Gewinne einstecken können. Obwohl, und dies sollten sich auch die Gewerkschaftsbürokraten wieder langsam merken, der gesamte gesellschaftliche Reichtum nur und ganz allein von uns Arbeitern geschaffen wurde. So lautete der ursprüngliche Gewerkschaftskampf weniger "einen gewissen Teil am Kuchen erhalten", als vielmehr die Gewinne der Unternehmer (wie Bührle, Schmydheini und Konsorten) möglichst zu verkleinern.

Leider liegt es in der Natur dieser irrigen Theorie der Gewerkschaftsbürokraten, dass in der Praxis die Lohnverhandlungen am "grünen Tisch" ausgehandelt werden, ohne ernsthaft die Basis als Kampfmittel im Rücken zu wissen. Im Gegenteil, die eingeschlaferte Basis wird wenn es hoch kommt, am Schluss solcher Verhandlungen informiert über den "harten Verlauf" und den "grossen Sieg" der Arbeiter. Doch in Wirklichkeit versteckt sich hinter diesen angepriesenen "Verhandlungserfolgen" wie schon gezeigt, ein Rückgang des Anteils der Arbeiter am von ihnen produzierten Reichtum. Sogar während der Hochkonjunktur, wo dank der grossen Nachfrage nach Arbeitskraft, die Situation der Arbeiter zu Verbesserungen ihrer Bedingungen gut ist, sogar in dieser Zeit gelingt es den Unternehmern in der Praxis, einen Lohnstop bei den Uhrenarbeitern durchzuführen (sie haben allein von Oktober 70 bis September 72 Fr. 1'300.-- an Teuerungsverlust eingebüsst); seit Winter 73/74 sind auch die Reallöhne bei den Zürcher Metallarbeitern praktisch gestopt!

DIE RÜCKSICHT AUF "UNSERE SCHWEIZERISCHE INDUSTRIE"

Es ist kein Zufall, wenn die Unternehmer heute diesen Angriff so ungestraft entwickeln können! Es liegt in der Natur selbst der Strategie der SMUV-Führer! Gemäss ihren eigenen Worten wollen sie bei den Forderungen die "legitimen Interessen der Gegenpartei und das Gesamtinteresse der Wirtschaft" würdigen. Das bedeutet nichts anderes als Rücksicht auf den kapitalistischen Profit zu nehmen, wobei sich diese Rücksicht und Zusammenarbeit mit den Unternehmern nicht bloss auf Worte beschränkt; sie erfolgt dadurch, dass man grundsätzlich auf jeden Arbeitskampf verzichtet und alle Konflikte, die auftreten, einem System von aufeinanderfolgenden Schlichtungsstellen übergibt; (zuerst zwischen Betriebskommission

und Direktion, dann zwischen SMUV und ASM, dann die Schlichtungsstelle schliesslich die Schiedsstelle).

Mit diesem "Schlichtungssystem" soll also entschieden werden, welches die "gerechte" Lohnerhöhung, der "gerechte" Teuerungsausgleich ist. Der Entscheid einer solchen Kommission, kann aber letzten Endes nur die Stärke widerspiegeln, die die Arbeiter in ihrem Kampf erreichen. Da ändert auch die Berufung auf noch so viel Neutralität in der Schlichtungsstelle nichts, was beim schon erwähnten Beispiel der geprellten Uhrenarbeiter klar wird: ihr Teuerungsverlust wurde unter anderem von Vertretern des Bundesgerichtes besiegelt! Es handelt sich um die höchste Instanz der schweizerischen bürgerlichen Justiz - die auch nur das bürgerliche Gesetz, das Gesetz der Unternehmer anwendet! Wenn uns die SMUV-Führer von der Neutralität dieser Kommissionen erzählen, dann tragen sie also höchstens dazu bei, die Arbeiter zu demobilisieren, und damit das Gewicht der Arbeiterinteressen bei den Verhandlungen zu vermindern.

Die Schwächung, die die Arbeitsfriedenspolitik in die Gewerkschaftsbewegung gebracht hat, ist denn auch offensichtlich: sogar in den grossen und grössten Betrieben der Metallindustrie nehmen nur einige Dutzend Arbeiter an den Gewerkschaftsversammlungen teil. Doch wen wundert das, wenn man in der Gewerkschaft nur Verhandlungsergebnisse anhören kann, und ihre ursprüngliche Rolle, nämlich ein Kräfteverhältnis für die Durchsetzung von Arbeiterforderungen zu schaffen, grundsätzlich abgelehnt wird. Diese Demobilisierung wurde aber auch systematisch organisiert, erstens durch die vollständige Abwesenheit von Gewerkschaftsdemokratie; die Verhandlungen über die Erneuerung des Friedensabkommens zeigen es - welcher Gewerkschafter ist ein Monat vor ihrem Abschluss über ihren Stand orientiert? In zweiter Linie wird jede Opposition gegen die Erneuerung des Friedensabkommens systematisch ausgeschaltet. Die Geschichte des SMUV ist die Geschichte einer ununterbrochenen Reihe von Ausschlüssen von ganzen Sektionen, Gruppen und Einzelnen, die versucht haben, die Zusammenarbeit mit den Unternehmern in Frage zu stellen.

WIE DIE SMUV-FÜHRER DIE GEWERKSCHAFT VERSTÄRKEN WOLLEN!

Da die Unternehmer heute ihren Angriff verschärfen, geraten die SMUV-Führer mit ihrer Politik der "Solidarität mit der schweizerischen Wirtschaft" in eine zunehmende Sackgasse. Bisher konnten sie in den Augen der Basis noch mehr oder weniger als Vertreter ihrer Interessen erscheinen, da die Unternehmer bereit waren, einige Brosamen in der Form von minimalen Lohnerhöhungen zuzugestehen. Da mit der Friedenspolitik

heute aber kaum mehr der volle Teuerungsausgleich herausgeholt werden kann, beginnt sich eine zunehmende Opposition in und ausserhalb der Gewerkschaft abzuzeichnen, die sich unter anderem auch im rapiden Mitgliederchwund der Gewerkschaft äussert.

SMUV Sektion Zürich	Jahr:	1962	1972
	Anzahl Mitglieder:	10'297	7'234

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Metallarbeiter in der gleichen Zeit gewaltig zugenommen hat!

Die Reaktion der um die kapitalistischen Profite so sorgenvollen Bürokraten war "Flucht nach vorne": da die Ordnungsfunktion, wie sie selbst ihre Rolle bezeichnen, bei immer weniger Arbeitern auf Gehör stösst, rufen sie die Unternehmer um Unterstützung an! Vom Lohnzettel soll inskünftig allen ein Zwangsbeitrag abgezogen werden; die Unternehmer werden also gebeten, die Unorganisierten wieder in den Schoss der Gewerkschaft zu treiben.

DER SMUV UND DIE AUSLÄNDER

Eine andere Seite der Demobilisierungspolitik der SMUV-Führer zeigt sich gegenüber den Ausländern. Da die minimalen Zugeständnisse, die sie aushandeln konnten, unter anderem wegen dem Druck des Arbeitsmarktes gegeben wurden, hat man sich schon frühzeitig gegen diejenigen gewendet, die diesen Druck entschärfen konnten: die Ausländer! Anstatt dafür zu kämpfen, dass die Ausländer nicht als Lohndrücker eingesetzt werden konnten, indem man für alle geltende Minimal- und Grundlöhne erkämpft, hat man sich damit begnügt, eine Begrenzung der Ausländerzahl zu fordern. Die SMUV-Führer tragen damit die Verantwortung für eine doppelte Schwächung der gesamten Arbeiterbewegung in der Schweiz.

Einerseits hat diese ausländerfeindliche Politik, die sich zum Teil sogar gegen die gewerkschaftliche Organisierung der Ausländer gewandt hat, verhindert, dass die zahlenmässige Verstärkung der Arbeiterklasse für die Stärkung einer aktiven Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden konnte. (Der Zuwachs der aktiven Lohnabhängigen in der Schweiz von 1950 bis 1970 um ca. 1 Mio, erfolgt zu 85% aus ausländischen Arbeitern).

Die grosse Mehrzahl der ausländischen Kollegen steht heute völlig ausserhalb der Gewerkschaften!

SMUV-SEKRETÄRE ÜBER DIE FREMDARBEITER

Die SMUV-Sekretäre zu den ausländischen Kollegen!

Tarabussi, Zentralsekretär, hat in der SMUV-Zeitung die Frage gestellt, ob die Probleme mit den Fremdarbeitern noch "durch die Vertragspartner oder die Bundespolizei gelöst" werden können.

(SMUV-Zeitung, Nr. 47, 1973)

Man hat damit gleichzeitig vorbereitet, dass im Moment, wo die regelmäßigen Brosamen verschwinden, wo verschiedene Krisensymptome des Kapitalismus verstärkt in Erscheinung treten (Inflation, die Aussicht von Wirtschaftsrezessionen) Schwarzenbach und seine Freunde, einen guten Boden finden. Auf diese beiden gemeinsamen Elemente der heutigen SMUV-Politik, den Arbeitsfrieden und der Förderung des Fremdenhasses, muss man eine zusammenhängende Antwort gegen den Unternehmerangriff geben: man muss eine kämpferische Erneuerung der Arbeiterbewegung, die ausgerichtet ist auf die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, unabhängig von der Nationalität vorbereiten.



Winter 1971

Die Genfer Metallarbeiter schlagen eine erste Bresche in den Arbeitsfrieden, in ihrem Kampf für eine für alle gleich grosse Realloohnerhöhung

3. Ist die Zeit der Gewerkschaften endgültig vorbei?

In seinem heutigen Zustand, seinem inneren Funktionieren, wie auch in seiner Passivität gegenüber dem Unternehmerangriff, stellt der SMUV kein wirksames Instrument für die Verteidigung der Arbeiter dar. Bedeutet das nun, dass Gewerkschaften überhaupt überflüssig sind? Im Gegenteil - wir glauben viel eher, dass eine gewaltige Lücke klafft, zwischen dem, was eine Gewerkschaft sein sollte, und dem, was der SMUV und auch die meisten anderen schweizerischen Gewerkschaften sind.

Die Gewerkschaften sollen die alltägliche und unersetzliche Waffe der gesamten Arbeiterklasse gegen das Kapital sein. Sie bilden die elementare und permanente Einheitsfront der lohnabhängigen Arbeiter gegen das Unternehmertum. Solange der Kapitalismus besteht, solange der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt einen Arbeiter gegen den andern ausspielt, um ihn zu hetzen, und den Lohn zu drücken, solange die Ausbeutung der Lohnabhängigen nicht abgeschafft ist, sind die Gewerkschaften die Bedingung zur Wahrung der Einheit und Solidarität aller Arbeiter.

Einige Beispiele aus dem Ausland genügen, um diese ursprüngliche Rolle der Gewerkschaft zu erklären, z. B. die englischen Minenarbeiter, die trotz dem Vorhandensein von Arbeitslosen, die als Streikbrecher benutzt werden können, eine Lohnerhöhung von 30% erkämpft haben. Ebenso die Gewerkschaften in Japan, die im April 74 für alle Arbeiter eine 30%ige Lohnerhöhung erkämpft haben. Das unterschiedliche Kräfteverhältnis, das erreicht werden kann, in einer gesamthaft für die ganze Branche organisierten Forderungsbewegung, zeigt sich unter anderem beim Vergleich der Metallarbeiterlöhne, mit denjenigen der Chemiearbeiter. Während die Löhne beider Branchen 1944 gleich waren, machen die Metallarbeiterlöhne heute nur noch 88,3% der gesamtarbeitsvertraglich geregelten Chemiearbeiterlöhne aus. Ein wirklicher Gesamtarbeitsvertrag (im Gegensatz zum Friedensabkommen, das nur eine Vereinbarung auf Treu und Glauben ist, welche die Verhandlungsart festhält und keinerlei geregelte Lohnansätze enthält), fixiert die erkämpften Bedingungen, heute z. B. Teuerungsausgleich, Minimallohn, Arbeitszeit usw. während einer bestimmten Zeit. Im Kampf für die Vergrößerung des Anteils am produzierten Reichtum stellt der Gesamtarbeitsvertrag, um ein Bild zu benutzen, einen zeitlich begrenzten Waffenstillstand dar.

Viele Arbeiter fragen sich nach der Notwendigkeit der Gewerkschaft, da sie ihre Lohnerhöhungen durch Wechseln des Arbeitsplatzes erreicht hatten. Andere dadurch, dass sie sich zum Vorarbeiter von kleinen vorallem ausländischen Gruppen emporgearbeitet hatten. Wenn man auf die Frage eine für alle Arbeiter gültige Antwort geben will, muss man sehen, dass die Politik der Unternehmer gerade darin besteht, einen Arbeiter gegen

den anderen auszuspielen, dem einen eine Lohnerhöhung zu geben und dem anderen keine. Diese Politik der individuellen Entlohnung gipfelt in den sogenannt wissenschaftlichen Lohnsystemen die jedem Arbeiter seinen Lohn zumisst, und damit den gemeinsamen Kampf für die Löhne entkräftet. Gerade die so entstandene Zersplitterung der Arbeiter ist es, die es den Unternehmern erlaubt, den Angriff auf die Arbeiter, die Vergrößerung ihres Anteils am von den Arbeitern produzierten Reichtum durchzusetzen. Wie sollen die Arbeiter gemeinsam für ihre Löhne kämpfen, wenn keiner den Lohn des anderen kennt. Dieses Heiligtum das der Unternehmer um den Lohn jedes Arbeiters spannen will, ist das erste Hindernis das durchbrochen werden kann und werden muss. Die ganze Zersplitterung, die die individuellen Arbeitsverträge und Lohnsysteme hervorgerufen haben, muss heute überwunden werden, wenn dem Angriff der Unternehmer Einhalt geboten werden soll.

Das Instrument das die Arbeiter haben, um die Zersplitterung in der sie von den Kapitalisten gehalten werden zu überwinden, ist die gewerkschaftliche Organisation. Sie erhält ihre Kraft durch den Zusammenschluss der Ausgebeuteten, durch die Organisierung der Arbeiter gegenüber der kleinen Minderheit der Ausbeuter. Wenn es gelingt, kollektiv, für alle Arbeiter die Löhne festzusetzen, dann können selbst gegen den härtesten Widerstand wie die englischen Minenarbeiter gezeigt haben, entscheidende Erfolge durchgesetzt werden. In Richtung solcher einheitlicher Kampfinstrumente müssen heute die schweizerischen Gewerkschaften aktiviert und verändert werden. In Richtung einer solchen kampf-gewerkschaftlichen Ausrichtung muss die Arbeitsfriedenspolitik des SMUV gebrochen werden.



**Ein wirklicher Gesamtarbeitsvertrag
müsste heute folgende Forderungen
umfassen: ***

**40 Stundenwoche sofort - ohne Lohn-
einbusse, als Antwort auf die verschärf-
ten Arbeitsrythmen**

**Gleitende Lohnskala (automatischer Teuer-
ungsausgleich am Ende jedes Monats)**

**Massive und einheitliche Realloohnerhöhungen
gegen die verschärfte Profitschinderei und
die Spaltung der Arbeiter**

Fr. 1'800.- Minimallohn

4. NEIN zum Friedens- abkommen FÜR eine kämpferische Metall- und Uhrenarbeiter- gewerkschaft

EIN MASSIVES NEIN ZUR VERLÄNGERUNG DES FRIEDENSABKOMMENS IN ALLEN GEWERKSCHAFTS- UND BETRIEBSVERSAMMLUNGEN !

Wenn die Gewerkschaftsführer uns diesen Sommer, nach bereits abgeschlossenen Verhandlungen, das Friedensabkommen zur Erneuerung vorschlagen, dann muss in allen Versammlungen ein entschlossenes NEIN zur Verhandlungspolitik abgegeben werden. Bei der letzten Erneuerung im Jahre 1969 hatte bereits ein Drittel der Delegierten abgelehnt; deshalb versuchen die Bürokraten diesmal die Dinge schmackhafter zu machen: an der grundsätzlichen Friedenspflicht wird nicht gerüttelt, während gleichzeitig einige Forderungen beigegeben werden, um den Kuchen zu süssen. Gewiss kein kämpferischer Arbeiter ist gegen die Forderung des 13. Monatslohnes, aber man muss sich entschlossen dagegen wenden, dass solche Forderungen an die prinzipielle Friedenspflicht gebunden werden.

Zudem sind die erreichten Resultate, soweit bekannt, völlig ungenügend: die Verhandlungen über den Teuerungsausgleich wurden gar nicht aufgenommen, und vereinbarte Grundlöhne (wie in anderen Branchen) gibt es weiterhin nicht. Man darf sich auch nicht vom Zwangsbeitrag für die Unorganisierten fangen lassen; dies ist nicht die Methode um aktive Gewerkschafter zu rekrutieren - eine Alternative haben die Genfer Metallarbeiter gezeigt, die dank einer gewissen Aktivierung der Gewerkschaft in einem Jahr über 300 Neuzugänge erreicht haben!

In allen Betriebsversammlungen, die wir nötigenfalls aktiv durchsetzen müssen: ein massives NEIN zur Erneuerung des Friedensabkommens!

EINE KÄMPFERISCHE ANTWORT AUF DEN UNTERNEHMERANGRIFF VORBEREITEN

Aber wir müssen gleichzeitig weitergehen als bis zur Abstimmung über das Friedensabkommen: um einen wirklichen Widerstand auf den Unternehmerangriff zu schaffen, müssen langfristig kämpferische Forderungsbewegungen entwickelt werden, die einerseits den Zweck haben eine vorübergehende Verteidigung und Verbesserung zu erreichen, zusätzlich aber durch eine Neuorientierung und Umstrukturierung der Gewerkschaft auch eine Aufrechterhaltung des erreichten Kräfteverhältnisses ermöglichen soll.

Solange nur Einzelne Aktivierungs- und Aufklärungsarbeit leisten, wird sie zu keinen grossen Erfolgen führen: vielmehr müssen sich die aktivsten Arbeiter des Betriebes zusammenschliessen. Wichtig ist dabei, dass solche

Gruppen von aktiven Arbeitern nicht nur Schweizer sondern auch die ausländischen Aktivisten umfassen, denn die heutige Schwäche der Arbeiterbewegung liegt ja gerade in der Spaltung zwischen ausländischen und schweizerischen Arbeitern; zu dieser Spaltung haben die Gewerkschaftsführungen nicht wenig beigetragen.

Welche Initiativen kann man ergreifen, um Forderungsbewegungen zu entwickeln, die in einer breiten Front alle Arbeiter vereinigen, und damit erlauben, eine Antwort auf den Unternehmerangriff zu geben? Das schwierigste Problem liegt zweifellos darin, die Zersplitterung, die die Arbeitsfriedenspolitik gebracht hat, zu überwinden. Man muss die einzelnen Arbeiter, die heute individuell dem Unternehmer gegenüberstehen, in eine einheitliche Forderungsfront bringen. Um diese langfristige Arbeit voranzubringen, kann man Aktionskomitees bilden, die die ganz konkrete Aufgabe haben, Forderungen als Antworten auf die heutigen Probleme aufzustellen und zu propagieren. Den Genferspitalangestellten ist es gelungen, dank ihrem "Popularisierungskomitee" (das die Forderungen "populär" gemacht hat) eine breite Kampfbewegung zu entwickeln, die die Angestellten des gesamten Spitalpersonals vereinigen konnte. In der Genfermetallindustrie haben Gruppen aktiver Arbeiter längere Zeit im Stillen eine Bewegung vorbereitet und sie konnten 1971 in 3 Betrieben grössere Streikkämpfe führen;

diese Bewegungen waren von erheblichen Erfolgen gekrönt und haben in der Folge eine Neustrukturierung der Genfersektion des SMUV erlaubt (Hunderte von Neueintritten!).

Gruppen aktiver Arbeiter können aber Kämpfe nur vorbereiten, sie jedoch nicht allein führen. Wenn es zu einem Kampf kommt, wenn die Ergreifung von Kampfmassnahmen nötig ist, um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen deshalb täglich Vollversammlungen durchgeführt werden. Die Betriebsversammlung aller Arbeiter ist in der Tat das oberste Organ, das alle wichtigen Fragen in der Führung des Kampfes entscheiden soll. Sie erlaubt es, die gemeinsamen Interessen der Arbeiter am besten zu bestimmen, wie auch alle Arbeiter unmittelbar am Kampf zu beteiligen.

Um den Kampf wirksam zu machen, muss eine Führung gewählt werden: ein solches Streikkomitee, in das von der Vollversammlung des Betriebes oder der Abteilung die vertrauenswürdigsten Kollegen gewählt werden sollen, führt die von der Vollversammlung gefassten Beschlüsse aus. Damit es einer wirklichen Kontrolle durch die Vollversammlung unterliegt, müssen seine Mitglieder jederzeit abwählbar sein. Ein solches Komitee ist der direkteste Ausdruck des gemeinsamen Willens von allen Arbeitern und

die beste Garantie, dass sich nicht die alte Trennung von "fähigen Verhandlungsköpfen" und "Basis" wiederholt, sondern eine permanente Kontrolle der Arbeiter über die Verhandlungen besteht. Einzig der so garantierte demokratische Kampf kann verhindern, dass jeder Anfang einer Bewegung vereits in das Schlichtungssystem des Arbeitsfriedens gezogen wird, oder dass mit dem Ausbruch eines Kampfes die existierende Spaltung in verschiedenen Kategorien und Nationalitäten von Arbeitern weitergeht oder sich verschärft.

DIE ERRUNGENSCHAFTEN SICHERN UND AUSWEITEN

Schon mit der Vorbereitung von Bewegungen muss man auch die Sicherung ihrer Errungenschaften vorbereiten. Man kann heute durch ein günstiges Kräfteverhältnis vom Unternehmer Zugeständnisse erhalten - er kann sie morgen wenn der Kampf vorbei ist, wieder in Frage stellen. Gleichzeitig sind die Unternehmer unter sich ausserordentlich stark organisiert - die Metallindustriellen führen zur Zeit gemeinsame Operationen gegen die Angleichung der Löhne an die Teuerung! Auch mit staatlichen Massnahmen wird immer mehr versucht den vollen Teuerungsausgleich zu verhindern.

Gerade um diese beiden Aufgaben: die Verallgemeinerung der Forderungsbewegungen und Sicherung ihrer Errungenschaften zu erfüllen, muss langfristig die Neu-Eroberung der Metall- und Uhrenarbeitergewerkschaft vorbereitet werden. Ob bereits heute eine Arbeit innerhalb der Gewerkschaft möglich ist, oder ab sich zuerst eine genügende Zahl von Aktivisten ausserhalb sammeln müssen, hängt von den Verhältnissen in den einzelnen Betrieben und Orten ab. Es wäre dabei falsch, die Führung von Bewegungen von der vorherigen Umorientierung der Gewerkschaftssektion abhängig zu machen, und es wäre ebenso falsch, die Notwendigkeit zu übersehen, auch in der Gewerkschaft Gewicht zu gewinnen. Die Revolutionäre rufen alle Arbeiter auf sich entschlossen zur Verteidigung ihrer Interessen zu formieren, und sich in diesem Kampf auch die nötigen Instrumente zu geben! Für eine kämpferische Neuaktivierung der Metall- und Uhrenarbeitergewerkschaft!

Die Betriebskommission

ANWENDUNG DES FRIEDENSABKOMMENS IM BETRIEB ODER KÄMPFERISCHE ANTWORT ALLER ARBEITER

Die ursprüngliche Aufgabe der Betriebskommission besteht darin, ein unmittelbares Verteidigungsinstrument für alle Arbeiter des Betriebes zu sein. Das Friedensabkommen aber versucht daraus ein Organ zu machen, das zusammen mit der Direktion Konflikte verhüten soll! Wörtlich aus den Statuten der Kommission bei Escher-Wyss:

"Zur Förderung des friedlichen Zusammenwirkens, des gegenseitigen Vertrauens und des guten Einvernehmens zwischen Geschäftsleitung und Arbeitnehmerschaft wählen die... Arbeitnehmer eine BK"

Da die Arbeiter grundsätzlich verschiedene Interessen von denen der Unternehmer haben, sind viele Mitglieder der heutigen Betriebskommissionen zwar meistens in "gutem Einvernehmen" mit der Geschäftsleitung, aber meilenweit entfernt von den täglichen Interessen der Mehrheit der Arbeiter. Um ja das "gute Einvernehmen zwischen Geschäftsleitung und Arbeitnehmer" vorzutäuschen, gehen sie oft sogar aktiv gegen Kollegen vor, die die Verteidigung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen.

Demgegenüber muss es eines unserer Ziele sein, eine Betriebskommission zu schaffen, die aktiv die Interessen und Probleme der Arbeiter vertritt! Dazu braucht sie einen klaren Auftrag von der Versammlung aller Arbeiter - sie muss mit einem klaren Mandat gewählt werden.

Dabei ist eine Voraussetzung zu erfüllen: die Kommission kann die Arbeiterinteressen nur dann aktiv vertreten, wenn wirklich die Arbeiter hinter ihr stehen. Die Genfer Metallarbeiter haben aber gezeigt, dass mit solchen aktiven und demokratisch gewählten Kommissionen wirkliche Instrumente für den Kampf und die Einheit aller Arbeiter geschmiedet werden können!

abonniert

(unterstützt

bresche
Organ der Revolutionären Marxistischen Liga

la brèche
organe bimensuel de la ligue marxiste révolutionnaire

ROJO

Suplemento
para la emigración española
de la prensa de
la liga marxista revolucionaria
suiza
con la colaboración
de la liga comunista revolucionaria
española

ROSSO

ORGANO DELLA LEGA MARXISTA RIVOLUZIONARIA

Aarau	Postfach 554	5001 Aarau
Baden	Postfach 495	5401 Baden
Basel	Postfach 820	4001 Basel
Bern	Postfach 1221	3001 Bern 1
Biel	Postfach 13	2500 Biel 4
Freiburg	Postfach 28	1700 Freiburg 6
Genève	Case 193 la Taupe	1211 Genève 2
Jura	Case 69	2800 Delémont 1
Lausanne	Case postale	1000 Lausanne 17
Luzern	Postfach 55	6000 Luzern 14
Neuchâtel	Case 32	2000 Neuchâtel 2
Olten	Postfach 461	4601 Olten
Solothurn	Postfach 359	4501 Solothurn
Tessin	Casella postale	6932 Lugano-Breganzona
Vevey	Case 133	1800 Vevey 2
Yverdon	Case 111	1400 Yverdon
Zug	Postfach 1155	6300 Zug
Zürich	Postfach 299	8031 Zürich

Verantwortlich: Ch.-A. Udry

Druck: CEDIPS Lausanne



Revolutionäre Marxistische Liga